

Bericht

des Gleichbehandlungsausschusses

über den Antrag 823/A(E) der Abgeordneten Martina Schenk, Kolleginnen und Kollegen betreffend Erstellung einer Burnout-Studie

Die Abgeordneten Martina **Schenk**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschlie-
ßungsantrag am 21. Oktober 2009 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Ein Burnout-Syndrom ist ein Zustand, gekennzeichnet von emotionaler Erschöpfung, reduzierter Lei-
stungsfähigkeit und Apathie, welcher oft zu psychosomatischen Erkrankungen, Depressionen, Aggressivi-
tät und einer erhöhten Suchtgefährdung führt. Burnout ist ein schleichender Prozess! Bereits vor dem
Kollaps verursacht diese Erkrankung großen Schaden im persönlichen wie im beruflichen Umfeld. Neben
dem gesundheitlichen Aspekt des Erkrankten betreffen die finanziellen Folgen Unternehmen, Versiche-
rungsträger und Staat. Laut EU-Kommission fallen aufgrund psychischer Belastungen jährlich 20 Milli-
arden Euro gesundheitsbezogene Kosten an. Die Betriebe bezahlen die negativen Folgen von Stress und
Erschöpfung mit direkten (Entgeltfortzahlungen) und indirekten Kosten (Ersatzpersonal, Produktionsaus-
fall, etc.) Genaue Berechnungen über die wirtschaftlichen Auswirkungen von Burnout sind für Österreich
nicht vorhanden.

Eine letztaktuelle Studie (Kompetenzzentrum Schloss Wolfsberg, durchgeführt vom Karmasin- Institut
im Jahr 2006) spricht von 1,5 Millionen Betroffenen und Gefährdeten, wobei von einer größeren Dunkel-
ziffer ausgegangen werden kann. Über lange Zeit hinweg war von Burnout fast ausschließlich im Zu-
sammenhang mit Führungskräften, Menschen in helfende Berufen (Ärzte, Pfleger, Sozialarbeiter) und
Lehrern die Rede. Heute weiß man, dass Burnout in jeder Alters- und Berufsgruppe auftreten kann, so
wurde zum Beispiel das hohe Burnout- Risiko unter Polizisten Ende September 2009 in den Medien the-
matisiert.

Besonders gefährdet sind auch Wiedereinsteigerinnen nach der Babypause oder junge Leute, die sich in
ihren Berufs Jahren überengagieren. In Zeiten einer noch immer auseinanderklaffenden Gehaltsschere
zwischen Männern und Frauen ist es gerade für Arbeitnehmerinnen eine zusätzliche Anstrengung sich
karrieretechnisch zu profilieren und gegen Mobbing durchzusetzen. Fehler und Unzulänglichkeiten könn-
ten als Schwäche ausgelegt werden, und schüren das Vorurteil, dass Frauen für die "harte" Berufswelt
doch nicht geschaffen sind. Die Mehrfachbelastung durch Kindererziehung, Haushalt, Pflege von Ange-
hörigen und ein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl bilden einen Nährboden für Burnout. Gerade das
klassische weibliche Rollenbild, geprägt von Bescheidenheit, Rücksichtnahme forciert die Problematik,
denn die indoktrinierte weibliche Bescheidenheit steht im Widerspruch zum Bedürfnis nach Anerkennung
und Wertschätzung, was oft durch noch größeren Anspruch an die eigene Leistung kompensiert wird. Die
Studienlage zur Häufigkeit von Burnout bei Frauen und Männern ist unterschiedlich. Während in manchen
Untersuchungen höhere Burnout- Raten bei Frauen gefunden wurden, konnte dies in anderen Studien
nicht bestätigt werden und dürfte auch stark von der untersuchten Berufsgruppe und dem jeweiligen Land
abhängen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, eine aktuelle Studie zum Burnout-Syndrom unter Be-
rücksichtigung einer genderspezifischen Perspektive erstellen zu lassen, auf dessen Basis weitere Initiati-
ven ausgerichtet werden können, um der Volkskrankheit Burnout entgegenzuwirken.“

Der Gleichbehandlungsausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 1. Dezember 2009 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligte sich im Anschluss an die Ausführungen der Berichterstatterin Martina **Schenk** der Abgeordnete Johannes **Schmuckenschlager**.

Mit Stimmeneinhelligkeit beschloss der Gleichbehandlungsausschuss auf Antrag der Abgeordneten Martina **Schenk**, der Präsidentin des Nationalrates die Zuweisung dieser Vorlage an den Gesundheitsausschuss zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Gleichbehandlungsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2009 12 01

Johannes Schmuckenschlager

Berichterstatter

Mag. Gisela Wurm

Obfrau